



April 2021

# Bericht für den Parteirat

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Eka von Kalben und Claudia Jacob

## Liebe Parteiratsmitglieder,



**Eka von Kalben**  
Fraktionsvorsitzende

seit unserem letzten Parteirat ist wieder einiges passiert: Wir hatten eine Landtagssitzung und erneut eine außerordentliche Sitzung, beides durch die Corona-Pandemie geprägt. Dazwischen gab es aber Osterferien, in der hoffentlich alle ein wenig frei hatten und Kraft tanken konnten für die Bewältigung der Krise.

Auf die Landtagssitzung vor den Ferien hatte ich schon in meinem letzten Bericht vorausgeblickt. Diese Woche hatten wir nun erneut eine Sondersitzung zum Bundesinfektionsschutzgesetz - obwohl das Land hierbei keine Mitsprache hat, weil es im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig ist. Dennoch ist es richtig, dass auch wir im Landtag darüber debattiert haben.

In der Vorbereitung meiner Rede habe ich über die letzten Gespräche nachgedacht, die ich auf digitalem Weg mit Bürger\*innen geführt habe. Eine Frage wurde mir immer wieder gestellt: Was ist eigentlich gerade die Strategie der Politik? Hierbei wird auch nicht differenziert, wer wo welche Entscheidung trifft: Bund, Land oder Kommune. Der Frust richtet sich an „die Politik“. Nun soll es ein Bundesgesetz richten, weil die Ministerpräsident\*innenkonferenz beim letzten Mal keine einheitliche Lösung finden konnte.

Es gibt viel Kritikpunkte am vorgelegten Gesetz: Die Kontaktbeschränkungen entsprechen in etwa dem, was in Schleswig-Holstein auch ab einer 100er Inzidenz gilt. Es ist gut, wenn es in Sachsen genauso gilt wie in Bremen. Sinnvoller wäre es aber gewesen, wenn stärker zwischen Draußen und Drinnen unterschieden würde. Das fehlt und das halte ich für fatal.

Die Ausgangsbeschränkungen stellen eine Verschärfung dar. Bisher wurden sie in Schleswig-Holstein nur im Notfall genutzt. Ob sie tatsächlich wirken, ist umstritten. Der grundrechtliche Eingriff bei einer Inzidenz

von 100 ist aber erheblich, auch wenn es nun wie beim Hamburger Modell Ausnahmen geben soll. Menschen die Freiheit zu nehmen, ihre Wohnung zu verlassen, kann meines Erachtens nur dann zulässig sein, wenn vorher alle anderen Maßnahmen ergriffen wurden. Wir hätten uns vor allem in der Arbeitswelt noch klarere Schutzmaßnahmen gewünscht. Gut ist die Pflicht zum Homeoffice und, dass die Arbeitgeber verpflichtend Testungen anbieten müssen. Aber die Testungen müssen auch angenommen werden und die Arbeitnehmer\*innen sollten auch dazu verpflichtet werden.

Kompliziert wird es im Schulbereich. Wir begrüßen die Testpflicht, die wir ja auch in Schleswig-Holstein schon haben. Aber, dass nun die Zahl 165 statt 200 für Schulschließungen gewählt wurde, ist eine Witznummer. In Schleswig-Holstein sieht unser Schul- und Kitaplan auch bei der Zahl 100 Schließungen vor. Dabei wird es vorerst auch bleiben.

Ob also die getroffenen Maßnahmen in Hochinzidenzgebieten greifen werden, bleibt abzuwarten. Wir stehen in Schleswig-Holstein noch verhältnismäßig gut da: Das ist ein Verdienst der Menschen, die sich in großer Mehrheit verantwortlich verhalten haben. Und wir haben uns an die Verabredungen der Ministerpräsident\*innenkonferenz gehalten.

Ich halte bundeseinheitliche Regelungen für sinnvoll: nicht in dem Sinne, dass überall in Deutschland gleichzeitig gelockert oder verschärft wird, sondern dass es bundeseinheitliche Regeln gibt, was wann in welchem Bereich bei einer bestimmten Inzidenz unternommen werden muss. Das wäre gerecht und nachvollziehbar.

Die Änderung des Bundesinfektionsschutzgesetzes ist dafür theoretisch der richtige Weg, praktisch ist es ein weiterer Notbehelf. Die nahe Zukunft wird zeigen, ob damit die Pandemie eingedämmt werden kann.

Herzlichen Gruß

Eure